

An die  
Geschäftsstellen der  
Kreis- und Stadtverbände von  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
in Hessen

Geschäftsstelle:  
Kaiser-Friedrich-Ring 31  
65185 Wiesbaden  
Tel: 0611/ 98 99 5-0  
Fax: 0611/ 98 99 5-18  
agah@agah-hessen.de  
www.agah-hessen.de

Wiesbaden, den 7. Mai 2020

**Gesetz zur Verbesserung der politischen Teilhabe von ausländischen  
Einwohnerinnen und Einwohnern an der Kommunalpolitik sowie zur Änderung  
kommunal- und wahlrechtlicher Vorschriften**

Sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN-Politiker\*innen vor Ort,

nun haben wir endgültige Gewissheit: In seiner gestrigen Sitzung hat der Hessische Landtag mit Stimmen der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN mehrheitlich das höchst umstrittene „Gesetz zur Verbesserung der politischen Teilhabe von ausländischen Einwohnerinnen und Einwohnern an der Kommunalpolitik sowie zur Änderung kommunal- und wahlrechtlicher Vorschriften“ beschlossen.

In der Vergangenheit haben wir Sie durch mehrere Schreiben über unsere Kritik am Inhalt und am Verfahrensablauf informiert. Diese Kritik verhallte gegenüber der GRÜNEN-Landtagsfraktion ebenso erfolglos wie alle Bestrebungen der GRÜNEN-Basis, am ursprünglichen Gesetzentwurf noch substantielle Änderungen vorzunehmen.

An dieser Stelle möchten wir uns aber ausdrücklich bei allen GRÜNEN bedanken, die in der Auseinandersetzung um dieses Gesetz (und seinen schlimmen Folgen) auf der Seite der hessischen Ausländerbeiräte und der agah standen.

Leider traf das ignorante Verhalten der GRÜNEN-Landtagsfraktion nicht nur uns, sondern auch weite Teile der GRÜNEN-Basis. Erinnerung sei hier an den Parteiratsbeschluss Ihrer Partei, mit dem u.a. die Streichung der Optionsregelung im Gesetzentwurf gefordert wurde. An ihr wurde ohne Not festgehalten und es steht zu befürchten, dass es viele Kommunen geben wird, die diese Möglichkeit des

Gesetzes zur Abschaffung der demokratisch gewählten Ausländerbeiräte nutzen werden. Das in solchen Fällen die dann einzurichtende benannte Integrations-Kommission als Verbesserung verkauft wird, war, ist und bleibt ein Skandal erster Güte!

Nicht weniger problematisch ist die Tatsache, dass die momentane Corona-Pandemie die öffentlichen Haushalte enorm belastet. Ob sich die städtischen Kassen kurz- bis mittelfristig überhaupt wieder füllen, darf angesichts der enormen Summen öffentlicher Hilfgelder und wegbrechender Einnahmen mehr als bezweifelt werden. Das damit Ausländerbeiräte nunmehr auch unter finanziellen Aspekten eventuell zur Disposition gestellt werden, wurde von den Regierungsfractionen im Hessischen Landtag mit der Verabschiedung des Gesetzes bewusst und billigend in Kauf genommen.

Trotz der mit dem Gesetz verbundenen Gefahr einer Abschaffung kommunaler Ausländerbeiräte bleiben wir optimistisch: Wir wissen, dass Kommunalpolitiker\*innen (insbesondere auch jene Ihrer Partei) vor Ort oftmals ganz anders denken und die Ausländerbeiräte als demokratisch legitimierte Interessenvertretung weiter beibehalten und unterstützen wollen.

Insofern würden wir uns sehr darüber freuen, wenn Sie Ihren politischen Einfluss in den Gemeinden, Städten und Kreisen geltend machen und sich aktiv für den Erhalt der Ausländerbeiräte und ihre Wahl (voraussichtlich am 14. März 2021) engagieren.

Lassen Sie uns zusammen dafür Sorge tragen, dass es keinen Abbau demokratisch-partizipativer Rechte gibt und dass Integrations-Kommissionen allenfalls dann gebildet werden, wenn die Wahl des Ausländerbeirats aufgrund fehlender Kandidat\*innen nicht möglich ist.

Wir danken abermals für Ihre Unterstützung und verbleiben

mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in blue ink, appearing to be 'Enis Gülegen', written in a cursive style.

Enis Gülegen  
agah-Vorsitzender